

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Gisela Piltz, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4902 –**

Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung hat sich für die EU-Ratspräsidentschaft 2007 mehrere Ziele gesetzt. Unter anderem möchte sie die Kompetenzen der Agentur zur Sicherung der EU-Außengrenzen FRONTEX ausweiten. FRONTEX wurde auf Beschluss des Europäischen Rates (EC 2007/2004) gegründet. Seit 2005 hat die Behörde ihren Sitz in Warschau. Ihre bisherigen Kompetenzen haben sich hauptsächlich auf die Beratung von EU-Mitgliedstaaten, Transit- und Herkunftsländern und die Koordination von so genannten joint operations – das sind Einsätze von mehreren EU-Mitgliedstaaten – oder Mitarbeit und Unterstützung bei Aktionen einzelner Mitgliedstaaten beschränkt. FRONTEX verfügte bisher nicht über eigene Einsatzkräfte und war weder befähigt noch berechtigt, eigenmächtig Operationen in EU-Mitgliedstaaten durchzuführen. Berichten zufolge möchte die Bundesregierung ihre Ratspräsidentschaft dazu nutzen, Soforteinsatzteams für FRONTEX einzurichten und Mittel dafür freizugeben. Diese Soforteinsatzteams sollen entgegen der bisherigen Praxis eigenständig Operationen zur Sicherung der EU-Außengrenzen durchführen dürfen und dazu über eigenes Gerät und Personal verfügen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

In der Europäischen Union, in der zukünftig an allen Binnengrenzen keine Grenzkontrollen mehr durchgeführt werden, hat der Schutz der gemeinsamen Außengrenzen eine besondere Bedeutung für alle Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Mitgliedstaaten im Haager Programm auf die Einrichtung der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX verständigt.

Die Bundesregierung setzt sich für die Stärkung von FRONTEX ein und hat während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Verordnung zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke und das technische Zentralregister nach Artikel 7 der FRONTEX-Verordnung (EG) 2007/2004 des Rates

vom 26. Oktober 2004 als zwei grundlegende Instrumentarien für FRONTEX auf den Weg gebracht.

1. Welchen Umfang haben die Mittel für die mögliche Einrichtung von Soforteinsatzteams und aus welchen Quellen sollen diese Gelder nach Auffassung der Bundesregierung kommen?

Im EU-Haushalt sind für das Jahr 2007 ca. 21 Mio. Euro an Mitteln für die Europäische Grenzschutzagentur (FRONTEX) sowie deren operative Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen eingestellt und im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Deutschland leistet keinen unmittelbaren Kostenbeitrag zum Budget von FRONTEX, ist aber über seinen Finanzierungsanteil i. H. v. ca. 20 Prozent beteiligt. Der Voranschlag für den Haushalt einschließlich des Stellenplans wird vom FRONTEX-Verwaltungsrat verabschiedet und der Kommission übermittelt. Die Kommission setzt auf dieser Grundlage den als erforderlich erachteten Betrag des Zuschusses aus dem Gesamthaushalt in den Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans ein, über den Rat und Europäisches Parlament im jährlichen Haushaltsverfahren entscheiden.

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen stehen FRONTEX für das Jahr 2007 ca. 12,3 Mio. Euro zur Finanzierung von operativen Einsatzmaßnahmen zur Verfügung.

2. Wie weit sind die Planungen für die Einrichtung von Soforteinsatzteams?

Die Beratungen in der Arbeitsgruppe des Rates für den Verordnungsentwurf zur „Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke“ wurden zum Abschluss gebracht und Einigung im Trilog mit dem Berichterstatter des Europäischen Parlaments im LIBE-Ausschuss erzielt. Gegenwärtig finden noch Beratungen über eine vom Berichterstatter erbetene politische Erklärung statt, die im Falle finanzieller Engpässe die grundsätzliche Möglichkeit von Mittelübertragungen gemäß den Bestimmungen der EU-Haushaltsverordnung herausstellen soll. Ende April dieses Jahres soll über den Verordnungsentwurf im Europäischen Parlament abgestimmt werden.

3. Wie sollen die Soforteinsatzteams zusammengesetzt sein?

Auf Anforderung von FRONTEX stellen die EU-Mitgliedstaaten anlassbezogen Experten ihrer nationalen Grenzschutzorganisationen für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung. Diese bilden in der Zusammensetzung ein oder mehrere Soforteinsatzteams.

4. Welche Ausbildungsstandards gelten für die Mitglieder von Soforteinsatzteams?

Die Mitgliedstaaten entsenden erfahrene und besonders fachkundige Angehörige der jeweiligen Grenzschutzorganisationen für die Bereiche der Landgrenzen, Luftgrenzen und Seegrenzen in Soforteinsatzteams. Darüber hinaus wird FRONTEX für diese Experten ziel- und adressatengerechte gemeinsame Trainingsmodule anbieten.

5. Wem gegenüber ist FRONTEX informationspflichtig?

Der Exekutivdirektor von FRONTEX ist gegenüber dem Verwaltungsrat von FRONTEX informationspflichtig. Das Europäische Parlament oder der Rat können den Exekutivdirektor von FRONTEX auffordern, über die Erfüllung seiner Aufgaben Bericht zu erstatten. FRONTEX steht gegenüber den Mitgliedstaaten nicht in einer Informationspflicht.

6. Wie ist der Rechtsstatus der im Rahmen von FRONTEX im Ausland eingesetzten Beamtinnen und Beamten?

Die von FRONTEX in einen Mitgliedstaat entsandten Expertinnen und Experten besitzen keinen Status, der ihnen straf- bzw. zivilrechtliche Immunität verleiht. Sie werden während des Einsatzes eine rein beratende Funktion im grenzpolizeilichen Aufgabenbereich übernehmen.

7. Wie gedenkt die Bundesregierung eine parlamentarische Kontrolle der Grenzschutzagentur FRONTEX durch den Deutschen Bundestag zu gewährleisten?

Auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2007/2005 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 349 vom 25. November 2004) wurde FRONTEX zum 1. Mai 2005 in Warschau eingerichtet.

FRONTEX ist damit eine Einrichtung der Europäischen Union mit eigenem Rechtscharakter und besitzt in jedem Mitgliedstaat die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt wird. FRONTEX wird von dem Exekutivdirektor vertreten, der in der Wahrnehmung seiner Aufgaben unabhängig ist.

Ein aus Vertretern aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Europäischen Kommission gebildeter Verwaltungsrat ist für die strategischen Entscheidungen (z. B. Haushaltsvoranschlag, Stellenplan etc.) von FRONTEX verantwortlich.

FRONTEX hat eine eigene Informations- und Datenhoheit und steht gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten nicht in einer Informationspflicht bzw. Pflicht zur Datenweitergabe. Informationen, die interne Ablaufprozesse von FRONTEX oder Kooperationen mit anderen Mitgliedstaaten betreffen, liegen nicht in der Zuständigkeit der Bundesregierung.

8. Inwiefern könnte FRONTEX durch seine bisherige Tätigkeit im Rahmen seiner Kapazitäten zur Harmonisierung der Grenzschutztechnologien und Personalausbildung beitragen?

FRONTEX erstellt jährlich ein Arbeitsprogramm, in dem auch ziel- und adressatengerechte Trainingsmodule für die Kontrolle und Überwachung der Landgrenzen, Luftgrenzen und Seegrenzen berücksichtigt sind. Die Mitgliedstaaten nehmen diese Trainingsangebote regelmäßig in Anspruch.

Um die Mitgliedstaaten zukünftig im Bereich der Grenzschutztechnologien stärker zu unterstützen, baut FRONTEX derzeit personell und infrastrukturell eine Organisationseinheit Forschung und Entwicklung auf.

9. Wie kam es zur Wahl Warschau als Hauptsitz von FRONTEX, und was sind nach Auffassung der Bundesregierung die konkreten Standortvorteile und -nachteile besonders im Hinblick auf Kosten und Nutzen?

Am 14. April 2004 hat der Rat der Justiz- und Innenminister einstimmig entschieden, Warschau als Sitz von FRONTEX zu benennen.

Für den Sitz von FRONTEX hatten sich Ungarn, Polen, Slowenien, Estland und Malta beworben. Der Sitz von FRONTEX sollte in einem der neuen Mitgliedstaaten liegen.

10. Wie sieht die Bundesregierung die Anpassung der im Rahmen längerer Verhandlungen erarbeiteten gemeinsamen Bedrohungs- und Risikopotenzialbewertungen (CIRAM) durch FRONTEX und wie möchte die Bundesregierung dazu beitragen?

Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung dabei?

Das Risikoanalysemodell „Common Integrated Risk Analysis Model“ (CIRAM) wurde durch eine Expertengruppe aus Angehörigen der EU-Mitgliedstaaten im Jahre 2003 erstellt. Deutschland war an der Erstellung durch Experten der Bundespolizei beteiligt. Bei CIRAM handelt es sich um ein einheitliches Modell zur Erstellung von Risikoanalysen auf europäischer Ebene.

CIRAM wurde erstmalig im Jahr 2003 durch das damalige Risikoanalysezentrum (RAC) in Helsinki angewandt. Mit der Arbeitsaufnahme von FRONTEX hat dieses Zentrum seine Tätigkeit eingestellt und der Aufgabenbereich wurde von FRONTEX übernommen.

CIRAM wurde im Jahr 2006 hinsichtlich notwendiger Arbeitsprozesse für die Erstellung von allgemeinen und problembezogenen Risikoanalysen überarbeitet. Der Verwaltungsrat FRONTEX hat die aktuelle Version zur Kenntnis genommen.

In den Prozess der Überarbeitung hat FRONTEX die EU-Mitgliedstaaten sowie die assoziierten Schengenstaaten eingebunden. Deutschland war durch Experten der Bundespolizei beteiligt.

Die Bundesregierung begrüßt die anlassbezogene Anpassung und Weiterentwicklung dieses Analysemodells.

11. Wer sind die Mitglieder des so genannten Frontex Risk Analysis Network, auf das FRONTEX bei der Analyse von Bedrohungspotenzialen setzt, und mit welcher Begründung werden genau sie für dieses Netzwerk ausgewählt?

Das „Frontex Risk Analysis Network“ ist eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern aller EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt und sich quartalsmäßig zusammenfindet.

Die Vertreter der Mitgliedstaaten sind Experten aus den fachlich zuständigen Stellen der jeweiligen Grenzschutzorganisationen. Deutschland wird durch einen Experten der Bundespolizeidirektion vertreten.

12. Bei welchen Dienstherren werden die deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von FRONTEX geführt, und welchen Ausbildungsgrad haben sie?

Deutschland hat FRONTEX sieben Beamte der Bundespolizei auf der Grundlage des § 123 Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) zugewiesen:

- 1 Leitender Polizeidirektor
(Laufbahnausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst)
- 6 Polizeihauptkommissare
(Laufbahnausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst).

13. Wie sollen die Kommando- und Befehlsstrukturen sowie die Dienstaufsicht bei FRONTEX zukünftig geregelt werden?

FRONTEX wird von ihrem Exekutivdirektor geleitet, der in der Wahrnehmung seiner Aufgaben unabhängig ist. Unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten der Kommission und des Verwaltungsrates darf der Exekutivdirektor Weisungen von Regierungen oder einer sonstigen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen.

Der Verwaltungsrat FRONTEX legt die Organisationsstruktur von FRONTEX fest und bestimmt die Personal- und Haushaltspolitik von FRONTEX. Zudem übt der Verwaltungsrat die Disziplinalgewalt über den Exekutivdirektor sowie, im Einvernehmen mit dem Exekutivdirektor, über den stellvertretenden Exekutivdirektor aus.

Der Exekutivdirektor übt die Dienstaufsicht und Disziplinalgewalt über alle anderen Angehörigen von FRONTEX aus.

14. Wie erklärt die Bundesregierung, dass der Personalbestand und das Budget für FRONTEX von 2006 auf 2007 drastisch erhöht wurden?

Das Personal von FRONTEX besteht aus einer ausreichenden Zahl von Beamten und aus nationalen Experten für die Kontrolle und Überwachung an den Außengrenzen, die von den Mitgliedstaaten für leitende Funktionen abgeordnet werden. Das übrige Personal besteht aus anderen Bediensteten, die FRONTEX entsprechend ihrem Bedarf einstellt.

Der Personalaufwuchs und das Gesamtbudget für FRONTEX für das Jahr 2007 wurden vom Verwaltungsrat entsprechend den strategischen und operativen Anforderungen an FRONTEX festgestellt, um die ihr zugeteilten Aufgaben zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Sicherung der EU-Außengrenzen zu gewährleisten. Eine abschließende Bewertung über die Ausführung des Haushaltsplans erfolgt im Rahmen des Haushaltsentlastungsverfahrens.

15. Kann es nach Kenntnis der Bundesregierung dazu kommen, dass bei gemeinsamen Operationen verschiedener Mitgliedstaaten mit Beteiligung von FRONTEX-Mitarbeitern sämtliche Einsatzkräfte und Sachmittel FRONTEX in Rechnung gestellt werden?

In Bezug auf die Personalkosten gilt folgende Regelung: Für die von deutscher Seite zu FRONTEX entsandten nationalen Experten werden die inländischen Dienstbezüge von deutscher Seite weiter gezahlt.

FRONTEX kofinanziert die einsatzbedingten Mehrkosten für Einsatzkräfte und Sachmittel im Rahmen gemeinsamer Operationen nach den derzeit gültigen EU-Vorschriften bis zu einer Höhe von 80 Prozent.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung quantitativ und qualitativ die Finanzierung von FRONTEX durch den EU-Haushalt sowie durch darüber hinausgehende Zuwendungen?

Zur Beantwortung der Frage wird auf Frage 14 verwiesen.

17. Wie ist die Bereitschaft der Bundesregierung zu quantifizieren, durch Personal und Sachmittel, eigene Fahrzeuge, Hubschrauber etc. FRONTEX zu unterstützen, und hält die Bundesregierung den bisherigen Beitrag für ausreichend?

Im Rahmen der Einrichtung des technischen Zentralregister nach Artikel 7 der FRONTEX-Verordnung (EG) Nr. 2007/2005 des Rates vom 26. Oktober 2004, hat Deutschland 4 Hubschrauber für die See- und Landgrenzüberwachung (zeitgleich max. 2 Hubschrauber), ein Boot ausschließlich für den Bereich der Nord- oder Ostsee und bis zu 10 tragbare Wärmebildgeräte gemeldet. Die genannten technischen Geräte werden nur mit dem erforderlichen deutschen Bedienpersonal zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung ist freiwillig und steht unter dem Vorbehalt der nationalen Einsatz- und Haushaltslage.

Die Bundesregierung leistet hiermit einen angemessenen Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Migration auf europäischer Ebene.

18. Wie stark wird FRONTEX von den anderen Mitgliedstaaten, gerade auch bei der personellen und sächlichen Ausstattung, unterstützt, und hält die Bundesregierung diesen Beitrag der Mitgliedstaaten für ausreichend?

Die Mitgliedstaaten haben umfangreich technisches Gerät gemeldet. Derzeit sind insgesamt 24 Hubschrauber, 19 Flugzeuge, 107 Boote sowie zahlreiches mobiles Gerät in dem technischen Zentralregister nach Artikel 7 der FRONTEX-Verordnung (EG) Nr. 2007/2005 des Rates vom 26. Oktober 2004 erfasst.

Die Bundesregierung bewertet diese Anzahl positiv und hält sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ausreichend.

